

Tribunal gegen die Troika **- am Beispiel Griechenland und der Zwangsräumungen in Spanien –**

Für eine europäische Schuldenkonferenz und einen europäischen Sozialpakt statt Wettbewerbspakt

Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit wird Syriza, die griechische Linkspartei, spätestens im Frühjahr 2015 die Regierung übernehmen. Bei der anstehenden Staatspräsidentenwahl in Griechenland wird die notwendige Mehrheit für einen rechten Kandidaten fehlen, dann muss es laut Verfassung Neuwahlen geben. Damit eröffnet sich zum ersten Mal die Chance, die Austeritätspolitik auf höchster EU-Ebene infrage zu stellen.

Syriza fordert dann von der EU:

- **Ein Ende der Sparprogramme;**
- **Eine europäische Schuldenkonferenz: Einen Schuldenschnitt, so wie 1953 für Deutschland**
- **Einen europäischen New Deal – für die Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung im europäischen Süden.**

Es ist vorzusehen, dass die Regierungen in der EU, voran die deutsche, das zurückweisen werden, und dass vor allem die deutsche Presse einen Aufschrei der Empörung inszenieren wird und die Verleumdung der griechischen Bevölkerung wieder massiv betreibt, wie jetzt schon vor den Europawahlen, wo die Bildzeitung titelt: „Griechen reicher als wir.“

Für die Griechen ist das Wagnis, den Konflikt mit der herrschenden EU-Politik zu riskieren, aber die einzige Alternative zu dem jetzt verordneten Elend. Ob die Druckmittel einer Syrizaregierung – die Einstellung von Zinszahlungen z.B. – für den neuen Weg reichen werden, ist nicht absehbar. Auf jeden Fall wird sich eine ganz neue Dynamik in Griechenland und anderen Ländern entfalten und die Alternativvorstellungen in die öffentliche Debatte tragen.

Somit ergeben sich ganz neue Möglichkeiten für eine europäische Solidarität. Sie ist auch notwendig, von ihr wird der Durchbruch in Griechenland mit abhängen. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen und uns klar machen:

Mit dem Erfolg der griechischen Alternative steht auch unsere Perspektive auf dem Spiel.

Griechenland dient für die neoliberale Schockstrategie einer radikalen Austeritätspolitik als Versuchskaninchen und zugleich als Sündenbock, auf den die Ängste und Aggressionen der verarmenden Mittel- und Unterschichten z.B. Deutschlands abgelenkt werden.

Der eigentliche Skandal, die europaweite Umverteilung von unten nach oben, wird damit aus dem öffentlichen Bewusstsein entfernt.

Deshalb ist es so wichtig, eine Gegenöffentlichkeit zu erzeugen. Wir müssen

- die katastrophalen Folgen der Troikapolitik vor allem für Griechenland sichtbar machen ,
- zeigen, dass die Austeritätspolitik die Probleme verschärft und Europa die Zukunft nimmt,
- dass einzig ein solidarisches Europa Zukunft hat, in dem die Umverteilung umgekehrt und ein Solidarpakt in den europäischen Ländern und zwischen ihnen geschlossen wird.

Augenblickliche Situation

Es gibt ein **Rechtsgutachten** des Bremer Wissenschaftlers Prof. Fischer-Lescano, das die Rechtsverstöße der Troikapolitik untersucht. Das ist großartig! Es ist nur zu wünschen, dass das Gutachten zu Prozessen vor den zuständigen europäischen Gerichtshöfen führt. Das Tribunal erübrigt sich dadurch nicht, vielmehr wird es um so aktueller: Unsere politische und humanitäre Kritik wird dadurch auch juristisch untermauert, gibt uns zusätzlich Rückenwind. Das Gutachten sollte daher auf dem Tribunal vorgestellt werden. Dazu sollten wir Prof. Fischer-Lescano gewinnen.

Den hoffentlich erfolgreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen wird das Tribunal zusätzlich Aufmerksamkeit verschaffen.

Das Tribunal geht über das Aufzeigen von Rechtsverstößen hinaus und soll viel allgemeiner auf die Öffentlichkeit wirken, als es eine juristische Anklage kann. Die sozialen und humanitären Folgen der Austeritätspolitik von IWF und EU, sowie der sie dominierenden deutschen Regierung und der willfährigen griechischen Regierung sollen dort einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Das Tribunal würde die humanitäre Katastrophe und ihre Ursachen aufdecken: die neoliberalen Politik.

Und schließlich soll das Tribunal deutlich machen, dass es zu dieser Politik formulierte Alternativen gab und gibt, die sich in den verschiedenen Formen des Widerstands artikulieren und auf institutioneller Ebene in der Forderung bündeln:

„Europäische Schuldenkonferenz und Solidarpakt“.

Was bedeutet es für das Projekt, wenn es die Troika im Herbst nicht mehr gibt?

Auch wenn es die Troika im Herbst nicht mehr geben sollte. Die zerstörerischen Folgen ihrer Austeritätspolitik gegenüber Griechenland und anderen EU-Ländern sind da und wirken weiter. Die Politik der Troika hat die Verelendung und den wirtschaftlichen Niedergang dieser Länder extrem verschärft, indem sie die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Bevölkerungen dieser Länder abgewälzt und die der anderen Länder in Haftung genommen hat, und das alles, um die eigentlichen Verursacher auszuzahlen und so das neoliberale Finanzsystem zu retten. Diese Politik bleibt bestehen und hat weiterwirkende Folgen. Auch das müsste ein Tribunal deutlich machen.

Konkretere Vorüberlegungen zum Tribunal:

Ort: Berlin (als Sitz des mächtigsten Antreibers der Troika-Austeritätspolitik in Europa)

Zeitraum: vielleicht November 2014

Möglicher Ablauf:

Freitag Abend:

Einführungsveranstaltung, Podiumsdiskussion:

„Was haben wir mit Griechenland zu tun“?

Wie das verzerrte Bild von Griechenland und der europäischen „Hilfe“ der Rechtfertigung von Austeritätspolitik in Europa und Deutschland dient.

Samstag:

Anhörung von Zeugen zu den Auswirkungen der Verelendungspolitik;

Demonstration;

Workshops zu den theoretischen Hintergründen und zum Widerstand

u.a.: seine künstlerische Verarbeitung (Beispiele aus Film, Theater dort und hier).

Abendveranstaltung: **Podiumsdiskussion: Europäische Schuldenkonferenz und europäischer Sozialpakt**

Sonntag:

Fortsetzung der Zeugenanhörung, Plenum: Zusammenfassung von Ergebnissen,

Abschlussveranstaltung: **Perspektive des Widerstands und Formen der Solidarität**

Finanzierung: Attac, andere Organisationen, Spendenaufruf, „Sponsoren“ geschätzte 10 000 € sind viel Geld, aber wenn der politische Wille da ist, lässt sich das unserer Meinung nach stemmen. Ein einmaliger, zusätzlicher Monatsbeitrag der Attac-Mitglieder würde bestimmt schon ausreichen.

Zustimmung und Mitwirkung von griechischen und spanischen Initiativen:

Wir werden von Seiten unserer AG Kontakt zu Initiativen in Griechenland und Spanien herstellen und ihre Meinung zu dem Projekt einholen. Wichtig ist, dass wir es nicht für sie machen, sondern sie mit uns. Aber auch wir haben ein Interesse an der Infragestellung der Troika-Politik, weil sie:

- den Status quo in Deutschland zementieren hilft (samt Gesellschaftsspaltung, Export- und Wachstumswahnsinn)
- die EU mittelfristig zu zerbrechen droht, mit extremen Krisenfolgen auch für die deutsche Bevölkerung.

1. An wen wir uns wenden wollen?

1. Initiativen in Griechenland (solidarity for all) und PAH (Bewegung gegen die Zwangsräumungen in Spanien)
2. An die verschiedenen Untergliederungen von Attac,
3. An die Rosa-Luxemburg-Stiftung
3. Zum Gesundheitswesen an:
 - Ärzte ohne Grenzen
 - Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
 - Ärzte der Welt
 - Medico International
5. Amnesty International, Human Rights Watch zur Lage der Flüchtlinge, Migranten

2. Konkrete Ziele

A: Dokumentieren: Die Troikapolitik nimmt den Europäern ihre Zukunft

- **Eine politische Anklageschrift**, die der Öffentlichkeit, dem Europ Gerichtshof für Menschenrechte (?), dem EU Parlament und dem deutschen Bundestag zugänglich gemacht werden soll.
- **Ein Schwarzbuch**, das das Tribunal zusammengefasst dokumentiert.
- **Eine filmische Dokumentation**, die die Aussagen der Zeugen mit Bildern aus Griechenland und Spanien veranschaulicht.

B: Verabschiedung eines Manifests: Für eine europäische Schuldenkonferenz und einen Solidarpakt - statt Wettbewerbspakt.

- **Schuldenschnitt für die Schuldnerländer – wie 1953 für Deutschland**
- **Ende der Sparprogramme**
- **Für die Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung im europäischen Süden**
- **finanziert aus einer europäischen Vermögens- und Reichensteuer**

C: Start einer europäischen Unterschriftenkampagne für das Manifest

- **Unterschriftensammlungen im Internet und „auf der Straße“**

3. Angeklagte

1. Troika in Griechenland,
2. EU-Eingreifen (Olli Rehn) in Spanien zur Durchsetzung von Zwangsräumungen
3. Deutsche Bundesregierung
4. Griechische Regierung

Die folgenden Vorschläge haben wir noch ohne jede Kontaktaufnahme vor allem mit den Hauptbetroffenen in Griechenland und Spanien gemacht. Sie machen deutlich, wie groß die Aufgabe sein wird.

4. Gegenstand der Zeugenaussagen, der theoretischen Aufarbeitung, der Überlegungen zu Widerstand unserer Solidarität und Perspektive

A: Zeugenaussagen zu Folgen der Austeritätspolitik:

1. Humanitäre Katastrophe:

Troikapolitik verursacht Todesfälle, physische und psychische Erkrankungen, Hunger, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit, Gewalt und Rassismus usw.

2. Entrechtung des griechischen Volkes:

Troika als verkappte Diktatur

3. Konkretisierung auf folgend Politikfeldern

Gesundheit

Arbeitsmarkt

Bildung

Privatisierung

Zwangsräumungen (Spanien), Besteuerung der Immobilien (Griechenland)

Auswirkung auf Sozialsystem (Familien), Frauen

Auswirkung auf Wirtschafts/Produktionsstruktur

Migranten, Rassismus, Faschistische Bewegungen

B: Aufarbeitung der Ursachen

Kernelemente der Troikapolitik

Die Rolle der Bundesregierung

Die Rolle der griechischen Regierungen

Wer ist Nutznießer dieser Politik

Perspektiven dieser Politik

C: Welche Alternativen zu dieser Politik in Griechenland, Spanien... gibt es?

Widerstand gegen diese Politik:

Träger, Formen, Ziele

D: Welche Aufgaben stellen sich für uns?

- Welche Solidarität mit Griechenland und den Südländern ist möglich und notwendig? Wie kann sie organisiert werden?
- **Europäische Schuldenkonferenz und Sozialpakt, Unterschriftenkampagne**
- internationale Aktionen: **Blockupy**, europ. Streiktage
- Bedeutung von **Griechenlandsolidaritätsgruppen** und ihre Vernetzung

D: Sachverständige Zeugen:

1. VertreterIn von Solidarity for All
2. VertreterIn aus griechischen Krankenhäusern, solidarischen Kliniken
(Alexis Benos, Professor für öff.Gesundheit, Thessaloniki Aristotle University)
3. VertreterIn von Ärzte ohne Grenzen, medico internat. oder Ärzte der Welt
4. VertreterIn von Zwangsraumungsopfern aus Griechenland
5. VertreterIn des Komitees der Hypothekenopfer (Spanien)
6. Präsidentin der andalusischen Autonomieregierung Susana Diaz Pacheco
7. Sonja Mitralias, Vertreterin der griechischen Frauen gegen Austerität (Greek Women Against the Debt and the Austerity Measures)
8. VertreterIn von Migranten und griech. Flüchtlingshilfe, amnesty international
9. Oberbürgermeister von Thessaloniki (Zerschlagung von Selbstverwaltung, Wasserprivatisierung), Gewerkschafter (water workers union) George Archontopoulos, Theodoros Karyotis (Initiative 136) und Aktivist gegen Goldmine
10. Opfer von Konzerngewalt (Widerstand gegen Goldmine)
11. Vertreter von Arbeitslosen (Jugendliche)
12. Gewerkschaftsvertreter
13. Kostas Vaxevanis (Veröffentlichte die Lagard-Liste)

E: Sachverständige Wissenschaftler, Politiker

1. Alexis Tsipras (Syriza)
2. Stuckler, Bassu (Body Economic)
3. Ökonom James Galbraith, Yanis Varoufakis (Heiner Flassbeck, Steffen Stierle, Elmar Altvater)
4. Rechtsanwälte (Deutschland: A. Fischer-Lescano Bremen, Frankreich, Griechenland, ...) Keith Ewing (GB)
5. Vertreter von Griechenlandsolidaritätsgruppen

Vorbereitungsgruppe für eine BundesAG Griechenlandsolidarität: Angela Müller, Hamburg; Paraskevi Grekopoulou, Hamburg; Klaus Praetor, Berlin,;Gerd Bock , Bremen